

Manfred Wilke

## **Der Honecker-Besuch in Bonn 1987<sup>1</sup>**

### **I. Das Ereignis**

Am 7. September 1987 wurde der SED-Generalsekretär Erich Honecker mit allen protokollarischen Ehren eines Staatsbesuchers in Bonn von Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen. Es schien, als hätte die Bundesrepublik die Existenz dieses zweiten deutschen Staates endgültig anerkannt. Die Teilung des Landes schien die Lösung der deutschen Frage zu sein und die Bundesregierung beugte sich endlich dieser Realität. Nicht nur beschwor Honecker während seines Besuchs immer wieder die Existenz zweier unabhängiger souveräner Staaten in Deutschland. Die Fernsehbilder vermittelten Anerkennung auf Augenhöhe, unterstrichen durch die Gespräche mit der politischen Prominenz der Bundesrepublik, die der Staatsgast führte.

Die Analyse des einzigen Staatsbesuchs eines SED-Generalsekretärs in der Bundesrepublik zeigt im Rückblick eine Kreuzung zwischen Gegenwart und naher Zukunft, medial wurde

---

<sup>1</sup> erschienen in Heft 3/2012 des Deutschland Archiv, 45. Jg., S. 389-401

deutsche Zweistaatlichkeit zelebriert , während sich untergründig bereits die Umrisse einer neuen Konstellation der internationalen Politik abzuzeichnen begann, die eine Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichen sollte.

## **II. Der Wunsch eines russischen Dichters**

1986 störte der russische Dichter Jewgeni Jewtuschenko die Ruhe des SED-Generalsekretärs; er wünschte den Deutschen die Wiedervereinigung:

„Ich denke, daß dieses große deutsche Volk, aus dem heraus so große Philosophie, Musik und Literatur entstanden ist, daß dieses in Zukunft wiedervereinigt werden muß. Aber es braucht Zeit. Es hängt von der Atmosphäre ab, von der globalen Atmosphäre.“<sup>2</sup>

Wenige Wochen später war der Wunsch Jewtuschenkos und die in West-Berlin vertretene These seines Kollegen Wosnessenski, „die Schriftsteller seien das Gewissen der Nation“, <sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Interview. 10. September 1986, zitiert nach: Daniel Küchenmeister (Hg.): Honecker Gorbatschow, Berlin 1993, S. 160 .

<sup>3</sup> | ebenda, S. 161

Gesprächsthema zwischen Honecker und Michail S. Gorbatschow in Moskau. Für Honecker waren die Positionen der beiden Schriftsteller einfach nur

„konterrevolutionär.“<sup>4</sup> Er fürchtete die Folgen solcher Worte für die Stabilität der DDR, zumal in seinem Selbstverständnis nur die Kommunistische Partei das Gewissen der Nation sein konnte:

„Wenn gesagt wird, die Schriftsteller der Sowjetunion sind jetzt das Gewissen der Nation, dann können die Abweichler in der DDR sich das sehr schnell zunutze machen. Das wäre dann in einer Spur mit der BRD-Propaganda. Die DDR hält das aus, aber Schaden richtet es in jedem Falle an.“<sup>5</sup>

Er verlangte von Gorbatschow, nur „standhafte“ Schriftsteller und Künstler nach West-Berlin zu schicken und „nicht zuzulassen, daß in Westberlin Sowjetbürger gegen die DDR auftreten“. Gorbatschow antwortete: „Das ist unsere gemeinsame Position.“<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Niederschrift über ein Gespräch des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK hier und ZK der KPD ZK der KPdSU, am 3.10. 1986, in: Daniel Küchenmeister, ebenda, S. 161.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 162.

<sup>6</sup> ebenda, S. 165.

Schon 1986 versuchte Honecker in Moskau, die DDR vor den Folgen von Gorbatschows Reformpolitik abzuschirmen. Seine Beunruhigung durch die Worte russischer Dichter, die von der einen deutschen Literatur sprachen und die Wiedervereinigung dieses großen Volkes wünschten, war begründet, wie sich 1989 zeigen sollte. Das Ende der SED-Diktatur begann mit der Durchsetzung der freien Rede in der DDR durch ihre Bürger.

### **III. Moskau: „Wir werden Bonn nicht Honecker überlassen!“**

Wenige Tage vor seinem Gespräch mit Honecker hatte Gorbatschow selbst die Fragen der sowjetischen Deutschlandpolitik im Kreml aufgeworfen. „Die BRD ist an Beziehungen zu Osteuropa interessiert. Wir sind dafür. Doch wir sehen die Absichten. Honecker krümmt sich, wenn wir ihm > die Mauer< ins Gedächtnis rufen. Besser müssen wir mit mehr Takt darüber sprechen - über die Prozesse, die unausweichlich sind. [...] Selbst werden wir die Frage des Besuchs Honeckers in der BRD nicht auf [...]”<sup>7</sup>. Alle sozialistischen Länder sind verwundbar - wir können Sie alle verlieren. Die DDR ist stärker als die anderen, aber einer Vereinigung mit der BRD

---

<sup>7</sup> Lücke im Dokument, soll wohl heißen „aufwerfen“.

kann sie nicht widerstehen, d.h. auf Kosten des Sozialismus.“<sup>8</sup> Nach dem Gespräch mit Honecker berichtete Gorbatschow im Politbüro über „Meinungsverschiedenheiten“ mit Honecker im Bereich des „ideologischen Überbaus“, er habe die Aufhebung der Verbannung von Andrej Sacharow kritisiert. Der Leiter der ZK-Abteilung für die Verbindung mit den kommunistischen Parteien, Vadim A. Medwedjew ergänzte:

„In der SED hat man sich von der Losung >Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!< losgesagt.“<sup>9</sup>

Ende Januar 1987 hatte Bundeskanzler Helmut Kohl die Bundestagswahlen gewonnen. Wenige Tage später ließ Gorbatschow seinen Gedanken über Deutschland und die Zukunft der DDR - noch vor der Einladung des Bundeskanzlers an den SED-Generalsekretär - eine Direktive zur Deutschlandpolitik folgen:

---

<sup>8</sup> Diskussion Gorbatschows mit Beratern am 29.9.1986 über außenpolitische Aufgaben in: Alexandr Galkin/Anatolij Tschernajew (Hg.): Michael Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991, aus dem Russischen übersetzt von Joachim Glaubitz, Deutsche Ausgabe herausgegeben von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, München 2011, S. 16-17.

<sup>9</sup> Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 29. Januar 1987, ebenda, S. 24.

„An Kwizinskij<sup>10</sup> -Besuch Weizsäckers in Moskau sicherstellen. Wirtschaftsbeziehungen entwickeln. Keine Eile, mit den Deutschen auf Regierungsebene überzugehen. 2. An Außenministerium und Dobrynin - analytischen Bericht und Vorschläge zur BRD vorbereiten. ‚BRD nicht Honecker überlassen!‘ Schewardnadse - in die BRD reisen. Material für mein Interview mit dem ‚Spiegel‘ aktualisieren. [...] Es ist Zeit, die die BRD aktiver anzugehen, damit Margo (M.Thatcher) nicht vor Vergnügen platzt.“<sup>11</sup> Der Bundeskanzler griff in seiner Regierungserklärung im März Gorbatschows Wort „vom ‚Neuen Denken‘ in den internationalen Beziehungen auf“, und Kohl erklärte seine Bereitschaft „zur verstärkten Zusammenarbeit , auf allen Ebenen‘ in den deutsch-sowjetischen Beziehungen, den ich eine ‚zentrale Bedeutung‘ für die künftige Außenpolitik zumaß.“<sup>12</sup> Günter Schabowski meint, dass Honecker seinen eigenen Rang „in der Hierarchie der kommunistischen Partei- und Staatsführer an seiner Rolle als BRD-Spezialist“<sup>13</sup> bemaß; dieses Auftreten mag Gorbatschow zu seiner Äußerung veranlasst haben. Nach einem Besuch in der

---

<sup>10</sup> Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>11</sup> Direktive Gorbatschows vom 2. Februar 1987 zur sowjetischen Deutschland- und Europapolitik, Anordnungen von M. S. Gorbatschow zur deutschen Frage, Michael Gorbatschow und die deutsche Frage, ebenda, S. 26-27.

<sup>12</sup> Helmut Kohl: Erinnerungen 1982-1990, München 2005, S. 508.

<sup>13</sup> Günter Schabowski: Der Absturz, Berlin 1991, S. 215.

DDR berichtet Außenminister Schewardnadse im Politbüro, dass er dort auf „ein Element wachsamer Zurückhaltung uns gegenüber“ gestoßen war und, dass; „die Idee einer geeinten deutschen Nation lebt (sogar) in der Psychologie und im Denken der Kommunisten. Sie beginnen mit den Westdeutschen anzubändeln. Sie kritisieren die BRD nicht. Und es geht hier nicht nur um wirtschaftliche Interessiertheit. Die Idee eines geeinten Deutschland erfordert eine ernsthafte wissenschaftliche Untersuchung. Übrigens, in dieser Hinsicht sind auch die Polen beunruhigt.“<sup>14</sup>

Moskau überließ Honecker in Bonn nicht den Vortritt. Noch bevor dieser dort den roten Teppich betrat, empfing der Kreml den Bundespräsidenten zum Staatsbesuch. Gorbatschow ließ durch Richard von Weizsäcker dem Bundeskanzler ausrichten: „Bei uns in der sowjetischen Führung ist das Gefühl herangereift, es sei unerlässlich, die Beziehung zwischen der UdSSR und der BRD zu überdenken und sie durch gemeinsame Anstrengungen auf ein neues Niveau zu heben. Wir sind dazu bereit aber dafür ist es nötig, sich von Komplexen, politischen Mythen und von einem

---

<sup>14</sup> Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 12. Februar 1987, in: Michael Gorbatschow und die deutsche Frage, ebenda, S. 27..

Feindbild in Gestalt der Sowjetunion zu befreien.“<sup>15</sup> Gegenüber seinem Politbüro betonte er die Interessenlage der Sowjetunion:

„Eigentlich, Genossen, betrifft dieser Besuch eine der wichtigsten Ausrichtungen unserer Politik. Die BRD ist das bedeutendste Land Westeuropas. Wir haben den richtigen Kurs eingeschlagen: sich an den Realitäten orientieren und sie ernsthaft analysieren.“

Die Überlegungen über das neue Denken in der sowjetischen Deutschlandpolitik verband der Generalsekretär mit dem Rückgriff auf die Geschichte. Er erinnerte an Rapallo: 65 Jahre zuvor hatte Deutschland mit der jungen Sowjetunion am Genfer See einen Vertrag über Zusammenarbeit abgeschlossen. Gorbatschow behauptete, dass sich die Deutschen daran erinnern und die Westmächte das Ereignis bis heute „quäle“. Gorbatschow war sich bewusst, dass eine Wiederholung von Rapallo nicht möglich sei, da wir in einer anderen Zeit leben. Trotzdem wählte er diese Analogie; sie besagte im Kontext der damaligen Diskussion:

„Das ist die Realität, die Zusammenarbeit mit der BRD ist möglich.“<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Gesprächs Gorbatschows mit Bundespräsident von Weizsäcker am 7. Juli 1987 in: Michael Gorbatschow und die deutsche Frage, ebenda, S. 46.

<sup>16</sup> Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 16. Juli 1987, in: ebenda, S. 49-50.

#### **IV. Honeckers langer Weg nach Bonn**

Im Dezember 1981 fuhr Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einem deutsch-deutschen Gipfeltreffen in die DDR. Am 13. Dezember 1981 lud er den SED-Generalsekretär Honecker zum Gegenbesuch nach Bonn ein. Es war ein symbolträchtiger Tag: in Polen wurde das Kriegsrecht verhängt, Solidarnosc unterdrückt, und die SED verwandelte Güstrow in eine belagerte Stadt, als dort Schmidt den Dom besuchte.

Moskau blockierte bis 1986 den Besuch Honeckers in Bonn. Die Einsprüche gegen Honeckers Reisepläne hingen sowohl mit der sowjetischen Interessenlage in der Blockkonfrontation als auch mit der Politik der Regierungen Schmidt und Kohl in der Raketenkrise zusammen

So vergingen fast sechs Jahre, bis Honecker der Einladung zum Gegenbesuch in Bonn folgen konnte. Der Blick auf die Chronik dieser aufhaltsamen Reise vermittelt einen Eindruck von den komplexen Realitäten der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, ihrer jeweiligen Blockloyalität in der Raketenkrise und der Deutschlandpolitik der Sowjetunion.

## **1. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen DDR und Bundesrepublik als Achse innerdeutscher Gemeinsamkeiten**

Nach Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten das Feld ihrer operativen Deutschlandpolitik.

1974 trat Bundeskanzler Willy Brandt zurück, sein Nachfolger im Amt wurde Helmut Schmidt. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit und der Transferzahlungen an die DDR nach Abschluss des Grundlagenvertrages beruhte seitens der Bundesregierung auf dem politisch begründeten Tausch von D-Mark gegen humanitäre Zugeständnisse der DDR an ihre Menschen. Auch die Transferzahlungen der westdeutschen Kirchen an die Kirchen in der DDR waren Teil dieser deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen.

Die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen sollten dem Zusammenhalt der geteilten Nation dienen. Um dieses Ziel zu erreichen, galt es einen Weg zu finden, mit dem ökonomische und verkehrstechnische Fragen mit humanitären Problemen durch Geheimdiplomatie so verknüpft

wurden, ohne dass dabei ein öffentliches Junktim zwischen beiden Komplexen hergestellt wurde.<sup>17</sup> Dieses Verfahren wurde von den Regierungen Helmut Kohls fortgeführt.

Der „Devisenbeschaffer“ der DDR Alexander Schalck-Golodkowski trifft den Kern der Sache, wenn er schreibt: „Zwischen 1974 und 1982 trafen die beiden deutschen Staaten zahlreiche Vereinbarungen, die die Beziehungen merklich intensivierten. Ich bin stolz darauf, dass ich am Zustandekommen fast aller dieser Abkommen mitgewirkt habe. Diese >Politik der kleinen Schritte< - das waren von heute aus betrachtet Schritte in Richtung Wiedervereinigung.“<sup>18</sup> Der Umsatz im innerdeutschen Handel betrug 1985 „16,7 Milliarden Mark. Dies entsprach einem Zuwachs auf über 370 % gegenüber 1970.“<sup>19</sup> Honecker nannte ihn einen „wichtigen

---

<sup>17</sup> Schalck-Golodkowski berichtet anschaulich, wie sich dieses Prozedere alter Geheimdiplomatie bei dem Milliarden-Kredit von Strauß vollzog: „Zu einem Zeitpunkt, den Honecker für angemessen halte, soll er den Mindestumtausch für Jugendliche und Rentner auf das alte Maß reduzieren. Ohne großen Bahnhof, ohne schriftliche Vereinbarungen.“, Alexander Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek 2001, S. 295.

<sup>18</sup> Alexander Schalck-Golodkowski, ebenda, S. 268.

<sup>19</sup> Jürgen Nitz: Länderspiel, Berlin 1995, S. 108.

stabilisierenden Faktor für die Gesamtbeziehungen“, aber auch Kohl befürwortete den Ausbau des innerdeutschen Handels.<sup>20</sup>

Die deutsch-deutschen Annäherungen auf ökonomischem Gebiet blieben in Moskau nicht unbemerkt und wurden argwöhnisch beobachtet, ob daraus nicht eine aus Sicht des Kreml unerwünschte politische Kooperation erwüchse.

## **2. Die innerdeutschen Beziehungen in der Raketenkrise**

Weltpolitisch waren die Jahre zwischen 1979 und 1985 gekennzeichnet durch wechselseitige Aufrüstung und Konfrontation zwischen West und Ost. Die Raketenkrise begann Mitte der 70er Jahre als die Sowjetunion damit anfang, eine neue Generation von Mittelstreckenraketen, die SS 20, zu stationieren. Die Reichweite von 4000 km bedrohte Westeuropa aber nicht ins die USA. Bundeskanzler Schmidt gehörte in der NATO zu den Politikern, die auf westliche Gegenmaßnahmen drängten. Das Bündnis einigte auf sich 1979 auf einen Doppelbeschluss:

---

<sup>20</sup> Vgl. Jürgen Nitz, ebenda, S. 108-109.

zunächst sollte versucht werden in Verhandlungen der USA mit der Sowjetunion die Stationierung der SS-20 rückgängig zu machen. Sollte dies nicht gelingen würde die NATO ihrerseits auch in der Bundesrepublik amerikanische Pershing-Raketen und Marschflugkörper stationieren. Die SPD verweigerte ihrem Kanzler in der Sicherheitspolitik die Gefolgschaft. Auch an der Frage der Bündnisloyalität zerbrach 1982 die sozial-liberale Koalition. Helmut Kohl wurde Schmidts Nachfolger als Bundeskanzler. Die Koalition von CDU/CSU und FDP setzte die Sicherheitspolitik von Schmidt fort. Die SPD kündigte dagegen auf ihrem Kölner Parteitag 1983, wenige Wochen bevor der Bundestag über die Stationierung amerikanischer Raketen entscheiden sollte, den NATO-Doppelbeschluss auf. Schmidt, in seiner Partei bereits in der Minderheit, begründete vor den Delegierten, warum nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die SS 20-Vorrüstung die amerikanischen Pershing-Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden müssen; zwei zentrale Stichworte bestimmten seine Argumentation: Bündnisloyalität und politisches Gleichgewicht.

„Die Bundesrepublik Deutschland muß ihr Wort halten [...]. Unsere eigenen Vorstellungen von der nötigen Gesamtstrategie des Bündnisses – und d.h., auch unser Wunsch nach Fortentwicklung unserer Ostpolitik - machen Solidarität und Kohärenz innerhalb der Allianz zu einem überragenden Gebot.

Mein zweiter Grund: das politische Gleichgewicht würde nachhaltig gestört werden, wenn sich die Sowjetunion mit ihrer einseitigen, unprovokierten Hochrüstung durchsetzte; eine tiefe Krise der Allianz würde unvermeidlich eintreten.“<sup>21</sup>

Diese rationalen außenpolitischen Gründe ließ die Mehrheit der Delegierten nicht gelten, sie wollten sich mit der Friedensbewegung gegen die NATO-Raketen solidarisieren. Das zentrale Motiv für diese emotionale oder moralische Ablehnung der westlichen Sicherheitspolitik war für Schmidt die Angst. Sie hatte ihre Wurzeln in der Teilung des Landes und dem „Fehlen nationaler Identität.“ Er zitierte Verse aus dem Wintermärchen von Heinrich Heine über die „Hegemonie“ der Deutschen im „Luftreich des Traums“, um vor allem die friedensbewegten Nachgeborenen vor einem neuen deutschen Sonderweg zu warnen. „Wenn wir Deutschen es noch einmal dahin brächten, für unberechenbar, für unzuverlässig angesehen zu werden, dann würde es für uns Deutsche wirklich gefährlich.“<sup>22</sup> Für seinen Amtsnachfolger war die Stationierung amerikanischer Raketen eine Frage der Selbstbehauptung der Bundesrepublik: „Schließlich ging es im

---

<sup>21</sup> Helmut Schmidt: zur Lage der Sicherheitspolitik, wie auf dem Parteitag der SPD in Köln 1983, zitiert nach: Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hg.): Wohin treibt die SPD?, München 1984, S. 147.

<sup>22</sup> „ Franzosen und Russen gehört das Land, das Meer gehört die Briten. Wir aber besitzen im Luftreich des Traums die Herrschaft unbestritten. Hier üben wir die Hegemonie, hier sind wir unzerstückelt; die andern Völker haben sich auf platter Erde entwickelt. “ ebenda, S. 162-163.

entscheidenden Kern um die Frage, ob die Bundesrepublik willens und fähig war, sich mit ihren Verbündeten einem Vormachtanspruch der Sowjetunion entgegenzustellen oder nicht. Die außenpolitische Orientierung unseres Landes stand auf dem Spiel.“<sup>23</sup>

Die Regierung Kohl war willens und fähig die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik gegen den Widerspruch von SPD, Grünen und der außerparlamentarischen Friedensbewegung durchzusetzen. Damit handelte sie als verlässlicher Verbündeter der Vereinigten Staaten in der NATO und verhinderte die Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa zu Gunsten der Sowjetunion. Für den Bundeskanzler Kohl war diese Parlamentsentscheidung für die NATO-Nachrüstung „die Schicksalsstunde Deutschlands. Wäre die Nachrüstung gekippt, hätte die Entwicklung einen ganz anderen Verlauf genommen.“<sup>24</sup> Nach seiner Überzeugung wäre es dann weder zur Gründung der Europäischen Union noch zum Zerfall des Warschauer Paktes und damit zur deutschen Einheit gekommen.

In dieser Phase der Konfrontation verlangte Moskau von der SED Bündnistreue und eine konfrontative Politik gegen die NATO-Nachrüstung in der Bundesrepublik; so handelte die SED

---

<sup>23</sup> Helmut Kohl: Erinnerungen, ebenda, S. 197.

<sup>24</sup> Helmut Kohl: Erinnerungen, ebenda, S. 201.

auch. Sie förderte nach Kräften über die DKP die außerparlamentarische Friedensbewegung gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und vertiefte ihre Beziehungen zu der SPD.<sup>25</sup>

Trotzdem geriet die SED-Führung in einen Zielkonflikt. Politisch agierte sie in der Raketenkrise auf der mit der KPdSU abgestimmten Linie, gleichzeitig wurden aber die Transferzahlungen aus Westdeutschland für die SED immer wichtiger angesichts ihrer Verschuldung im Westen. Obendrein hatte die Sowjetunion 1981 die Erdöllieferungen an die DDR drastisch gekürzt und gewährte ihr auch keine Kredite mehr. 1982 kam eine Studie des MfS zur Verschuldung der DDR im westlichen Ausland zu dem Ergebnis, „dass die DDR aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage ist, mit ökonomischen Mitteln eine grundlegende Änderung der eingetretenen Situation herbeizuführen und die Probleme der Zahlungsbilanz mit dem Nichtsozialistischen Wirtschafts-Währungsgebiet (NSW) dauerhaft zu lösen.“<sup>26</sup> Polen und Rumänien waren schon seit 1981

---

<sup>25</sup> Vgl. Michael Ploetz, Hans-Peter Müller: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004, Udo Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei ‚Die Grünen‘, Münster 2003.

<sup>26</sup> Hans-Hermann Hertle, Konrad H. Jarausch (Hg.): Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew 1974 1982, Berlin 2006, S. 51.

faktisch zahlungsunfähig und bekamen keine Kredite mehr auf dem Kapitalmarkt, der DDR droht das gleiche Schicksal.

Nach dem Regierungswechsel in Bonn 1982 setzte Bundeskanzler Kohl die deutschlandpolitische Linie seines Vorgängers fort und erneuerte auch die Einladung an Honecker zum Gegenbesuch in die Bundesrepublik. Das Jahr 1983 war der Höhepunkt der Raketenkrise. In dieser zugespitzten internationalen Konfrontation konnte Honecker unmöglich auf Besuch zu dem „Raketenkanzler“ fahren.

### **3. 1983: Milliardenkredit an die DDR**

Die Finanznot der DDR war groß; in dieser Situation kam für Honecker unerwartete Hilfe aus München. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, für die Kommunisten und viele innenpolitische Gegner die propagandistische Symbolfigur eines kalten Kriegers und Antikommunisten, überraschte die politischen Gegner und die eigenen Anhänger während der Raketenkrise mit einer ungewöhnlichen, deutschlandpolitischen Aktion. Er organisierte in

Absprache mit dem Bundeskanzler einen Milliardenkredit für die DDR und half damit die drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden, zumal 1984 ein weiterer Kredit in dieser Höhe folgte.

Kein offizielles Junktim aber ein Deal: „Honecker kam Strauß entgegen - freundlichere Grenzkontrollen, Kinder bis zu 14 Jahren sollten vom Mindestumtausch befreit werden. Und er teilte persönlich und streng vertraulich mit, dass er sich ernsthafte Gedanken mache, die > Selbstschussautomaten< abzubauen zu lassen und zu einer üblichen Grenzsicherung überzugehen. All dies selbstverständlich nur unter der Zusicherungen von Verschwiegenheit - vor allem gegenüber der Presse.“<sup>27</sup>

#### **4. 1984: Der verbotene Besuch**

Die amerikanischen Mittelstreckenraketen wurden in der Bundesrepublik stationiert, die Sowjetunion hatte ihren Raketenpoker verloren. Durch diese amerikanischen Waffen hatte sich aber die sicherheitspolitische Bedeutung der Bundesrepublik für die Sowjetunion grundlegend geändert, sie war zu einer mittelbaren Bedrohung geworden. Sollte es zum Krieg kommen, würden die Pershing-Raketen innerhalb von Minuten in Moskau einschlagen, es gab praktisch

---

<sup>27</sup> Alexander Schalck-Golodkowski, ebenda, S. 296.

keine Vorwarnzeiten. Diese potentielle Bedrohung aus der Bundesrepublik sollte sich erst 1987 durch den INF-Vertrag über den Abzug der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen aus Europa ändern.

Nach der Entscheidung über die Stationierung der Pershing-Raketen im Bundestag, schrieb der Bundeskanzler an den SED-Generalsekretär und bot die Fortsetzung des innerdeutschen Dialogs an: „Die beiden Staaten in Deutschland stehen in ihren Beziehungen zwischen West und Ost zueinander in einer Verantwortungsgemeinschaft vor Europa und vor dem deutschen Volk. Beide können gerade in schwierigen Zeiten des West-Ost-Verhältnisses einen wichtigen Beitrag für Stabilität und Frieden in Europa leisten, wenn sie aufeinander zugehen und das jetzt Machbare an Zusammenarbeit voranbringen.“<sup>28</sup> Honecker nahm das Schlüsselwort „Verantwortungsgemeinschaft“ in seiner Antwort auf und ergänzte es durch „Sicherheitspartnerschaft“. Er versicherte, die DDR „geht angesichts der zugespitzten internationalen Lage davon aus, dass die Sicherung und Festigung des Friedens eine überragende Frage ist. Das gilt besonders für die beiden deutschen Staaten und ihr Verhältnis

---

<sup>28</sup> Schreiben Helmut Kohls an Erich Honecker vom 14. Dezember 1983, in: in: Daniel Küchenmeister, ebenda, S. 155.

zueinander“<sup>29</sup> Das CDU-Präsidiumsmitglied Leisler Kiep überbrachte Herbert Häber<sup>30</sup> die Einladung, die Bundesregierung wünsche den Besuch von Erich Honecker.<sup>31</sup>

Bevor Honecker diese Einladung annehmen konnte, traf er sich im August mit der sowjetischen Führung in Moskau. Häber schrieb für Honecker das Positionspapier für das Treffen. Es war ein Plädoyer für die Fortsetzung der Politik des Dialogs mit der Bundesrepublik. Das Papier unterstrich eingangs, in der SED habe es niemals „Illusionen über den Charakter der BRD, über das Wesen und die Ziele ihrer Politik“ gegeben. Nach dieser Feststellung ging es dann um die Ziele der Westdeutschland-Politik der SED. „Angesichts der Notwendigkeit, alles zu tun, um die Welt vor einer nuklearen Katastrophe zu bewahren und die von dem USA betriebene Politik der Konfrontation zu durchkreuzen, gehen wir in unserer konkreten Situation davon aus, gegenüber der BRD eine Politik zu entwickeln,

---

<sup>29</sup> Schreiben Erich Honeckers an Helmut Kohl vom 17. Februar 1984, in: Daniel Küchenmeister, ebenda, S. 175.

<sup>30</sup> Er war zu dieser Zeit der Bundesrepublik-Experte Honeckers, zuständig für die Anleitung der DKP und Gesprächspartner für westdeutsche Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien, von 1984-1985, Mitglied des Politbüros des ZK der SED.

<sup>31</sup> Vgl. Information über ein Gespräch von Herbert Häber mit Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister der CDU in Berlin am 3. Juli 1984, in: Detlef Nackhat/Gerd-Rüdiger Stephan: Die Häber-Protokolle Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973-1985, Berlin 1999, S. 389.

- die in unserem Land von den Volksmassen verstanden und unterstützt wird;
- die von einer möglichst großen Zahl der Bürger der BRD mehr und mehr verstanden und akzeptiert wird;
- die Kräfte des Friedens und der Opposition in der BRD nicht in Resignation verfallen lässt, sondern zum Kampf mobilisiert;
- die es der Kohl-Regierung erschwert, ein guter und aktiver Verbündeter der Reagan-Regierung zu sein.“<sup>32</sup>

Die SED sehe durchaus, dass es weiterhin in der Bundesrepublik revanchistische Kräfte in der Politik und den Medien gibt, aber die Zahl der Bürger wachse , die in der DDR einen „selbstständigen deutschen Staat sehen, mit dem man normal auskommen muß. Dieser Teil ist im Wachsen begriffen und vor allem viele Jugendliche denken so. [...] Damit ist, ohne es zu überschätzen, ein politisches Kapital entstanden, das wir nicht verschenken oder gar jetzt dem Einfluss des Feindes überlassen dürfen. Wir müssen es vergrößern.“<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> SED-Politbüro zu den DDR-BRD-Beziehungen am 17. August 1984, in: Detlef Nakath/Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, Berlin 1995, S. 195.

<sup>33</sup> ebenda, S. 196.

Im Sinne dieser Politik hielt das SED Politbüro den Besuch von Honecker in Bonn für nützlich, um öffentlich die „konstruktiven Vorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten zur Verhinderung eines Atomkriegs, zum Stop der Raketenrüstung und dem Abbau der bereits stationierten Systeme“<sup>34</sup> zu propagieren.

In Moskau dagegen löste diese Konzeption innerdeutscher Annäherung unter dem ‚Banner des Kampfes um den Frieden‘, Misstrauen und Ablehnung aus. Die SED wollte offenbar um die Akzeptanz der DDR in der Bundesrepublik werben, als wichtige Voraussetzung für die Sicherung ihrer dauerhaften Herrschaft - unabhängig von der Existenzgarantie durch die Sowjetunion.

Das Gipfeltreffen wurde zu einem Debakel für Honeckers Reisepläne. Nicht Kooperation sondern Abgrenzung forderte KPdSU-Generalsekretär Konstantin Tschernenko von seinem Gast: „Die Lage selbst, die Positionen Bonns diktieren die Notwendigkeit der Linie der Abgrenzung.“<sup>35</sup> Zur Lage gehörten für ihn auch die „finanzielle Abhängigkeit der DDR von der BRD. Die Ereignisse in Polen sind eine schwerwiegende Lehre, aus der man Schlussfolgerungen ziehen sollte. Wir sollten der Wahrheit ins Auge schauen.“ Die Position der Bundesrepublik wurde gestärkt, während

---

<sup>34</sup> ebenda, S. 197.

<sup>35</sup> Niederschrift über das Geheimitreffen zwischen Erich Honecker und Konstantin Tschernenko in Moskau am 17. August 1984, in: Die Häber-Protokolle, ebenda, S. 399.

„die DDR in keiner der großen Fragen, die uns wichtig sind, vorangekommen ist. Ist denn Bonn zum Beispiel nachgiebiger geworden in der Frage der Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. [...] Im Gegenteil, durch die Gewährung der Kredite zementiert die BRD ihre negative Position in diesen und anderen Fragen.“<sup>36</sup>

Was den geplanten Besuch in Bonn anging, zählte der sowjetische Parteichef all die Gründe auf, die gegen ihn sprachen. Honecker verstand, er durfte nicht fahren.

Innerhalb der SED hatte dieses Treffen auch personelle Konsequenzen, Herbert Häber, Honeckers Beauftragter für die engen Verbindungen zu westdeutschen Politikern aller Parteien, verlor seinen Sitz im Politbüro und alle Funktionen. Er war das Bauernopfer und Schalk-Golodkowski sein Erbe.

## **VI. Honeckers Triumph und Kohls Kalkül**

---

<sup>36</sup> ebenda, S. 408.

## 1. 1986: Gorbatschows Veto

Als Gorbatschow 1985 sein Amt als neuer Generalsekretär des ZK der KPdSU antrat, hoffte Honecker, dass er nun seine Reise nach Bonn antreten könne. Im Anschluss an den XI. Parteitag der SED im April 1986 kam es zwischen Gorbatschow und Honecker zu einer Kontroverse [in?] Ost-Berlin um seinen Besuch. Der Gast aus Moskau wiederholte die Argumente seines Amtsvorgänger Tschernenko von 1984, Gorbatschow fragte abschließend: „Was soll ich meinen Volk sagen, Erich, wenn du in dieser Situation die Bundesrepublik besuchst?“<sup>37</sup> Der Angesprochene erwiderte: „Und was sagen wir unserem Volk, das in tiefer Sorge um den Frieden ist und deshalb will, dass ich diese Reise unternehme?“<sup>38</sup> Erst im Herbst 1986 soll ZK-Sekretär Medwedjew die persönliche Botschaft Gorbatschows an Honecker übermittelt haben, er wolle sich mit ihm über einen Termin seiner Reise nach Bonn einigen.<sup>39</sup> Die Ampel stand nun auf gelb.

## 2. Die Einladung

---

<sup>37</sup> zitiert nach: Günter Schabowski: Der Absturz, Berlin 1991, S. 214.

<sup>38</sup> ebenda, vgl. auch: Andreas Malycha/Peter Jochen Winters: Die SED Geschichte einer deutschen Partei, München 2009, S. 277.

<sup>39</sup> Günter Schabowski: Der Absturz, ebenda, S. 215.

Nach der gewonnenen Bundestagswahl 1987 wurde Bundeskanzler Kohl in der Deutschlandpolitik initiativ, er wiederholte seine Einladung an den SED-Generalsekretär. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) überbrachte die Einladung zum Arbeitsbesuch in Bonn in Ost-Berlin Honecker persönlich.<sup>40</sup> „Die endgültige Entscheidung über den Besuch soll i im März 1987 gefallen sein und Honecker diese Entscheidung allein getroffen, habe, ohne Moskau und das Politbüro.<sup>41</sup> Kein Moskauer Veto gegen den Besuch, Gorbatschows Satz wir werden die Bundesrepublik nicht Honecker überlassen, war bereits gefallen.

Für den Bundeskanzler war noch offen, ob Gorbatschows Reformen und sein „Neues Denken“ von Dauer sein werden; es galt also das Zeitfenster zu nutzen, um innerdeutsche Verkehrsprojekte und Verbesserungen im Reiseverkehr mit der DDR zu vereinbaren und dazu den Arbeitsbesuch Honeckers zu nutzen. In seinen Memoiren schreibt er:

„Für mich war die Entwicklung des Reiseverkehrs von zentraler Bedeutung für die Beziehungen zur DDR. Ein freier und reibungsloser Reiseverkehr war ein elementares Anliegen der

---

<sup>40</sup> Gespräch B. Vogel-Honecker an 13 Februar 1987, in: Heinrich Potthoff: Die > Koalition der Vernunft<, >Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, dtv-Dokumente, München 1995, S. 460.

<sup>41</sup> Andreas Malycha/Peter Jochen Winters: Die SED, ebenda, S. 277.

Menschen in beiden Teilen Deutschlands und stärkte die Zusammengehörigkeit und das Bewusstsein für die Einheit der Nation. Insofern ist > Reisefreiheit< weniger im touristischen Sinn, sondern im Sinne des Zusammenhalts der Nation gemeint. Im Reiseverkehr hatten wir in den letzten Jahren die größten Fortschritte erzielt: zusätzlich zu den eine Million Besuchern im Rentenalter kamen 1987 rund eine Million der jungen Generation in die Bundesrepublik - fast alles Menschen, die noch nie im ihrem Leben in der Bundesrepublik waren. Was damit bewegt wurde, war mittel- und langfristig überhaupt nicht abzusehen.“<sup>42</sup> Für den Bundeskanzler war diese innerdeutsche Kommunikation durch nichts zu ersetzen. Die SED wusste um die Gefahren dieser Löcher in der Mauer für die Stabilität ihrer Herrschaft. Die Verantwortung für die Abwicklung des Reiseverkehrs wurde vom SED-Politbüro dem Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke übertragen.<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> Helmut Kohl: Erinnerungen, ebenda, S. 545.

<sup>43</sup> Vgl. Bericht über den offiziellen Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker,... in der Bundesrepublik Deutschland vom 7. September 1987, zur Sitzung des Politbüros am 15.9. 1987, in: : Hans-Hermann Hertle, Rainer Weinert, Manfred Wilke:Der Staatsbesuch Honecker in Bonn Dokumente zur deutsch-deutschen Konstellation des Stenographischer Bericht 1987, Presse und Informationsamt der Freie Universität Berlin, Berlin Oktober 1991,S.CVI.

Schon seit 1959 gewährte die Bundesregierung Besuchern aus der DDR eine Bargeldhilfe als „Begrüßungsgeld“. „Damit sollten die unzulängliche Devisenausstattung der Reisenden durch die DDR (15 DM/Jahr) aufgebessert und die privaten Solidarleistungen ergänzt werden.“<sup>44</sup> 1987 erhöhte die Bundesregierung das Begrüßungsgeld auf 100 DM pro Person und Jahr.

### **3. Die doppelte Nulllösung bei den Mittelstreckenraketen**

1986 trafen sich der amerikanische Präsident Ronald Reagan und Gorbatschow in der isländischen Hauptstadt Reykjavik und verständigten sich grundsätzlich auf die Halbierung der strategischen Atomwaffen und den Abbau ihrer Mittelstreckenraketen in Europa. Der Ost-West-Konflikt stand an einem Wendepunkt. Gegenüber dem SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel begrüßte Honecker diese Einigung: „Nach dem Treffen von Reykjavik habe Gorbatschow das Paket aufgeschnürt. Im Gespräch mit US- Außenminister Shultz sei die doppelte Null-Lösung entwickelt worden; es sei jetzt der Weg zu einem Abbau der Mittelstreckenraketen ohne Wenn

---

<sup>44</sup> Armin Volze: Innerdeutsche Transfers, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band V/3, Baden-Baden 1995, S. 2771.

und Aber geebnet.“<sup>45</sup> Helmut Schmidt hat vor der Enquete-Kommission des Bundestages berichtet, wie ihm Gorbatschow diesen Sinneswandel in Bezug auf die Mittelstreckenraketen erklärt hat. Schmidt fragte ihn: „Sagen Sie einmal, wie sie eigentlich darauf gekommen sind, dass die Mittelstreckenraketen weg müssen. [...]Ja sagt er, das ist ganz einfach. Als ich Generalsekretär geworden war, ich, Gorbatschow, da musste ich ja vieles lernen, was ich vorher nicht kannte z.B. musste ich das ganze Militärische lernen, und da bin ich dann in den Raketenstellungen rund um Moskau gewesen. Da haben mir die Kommandeure erklärt, daß Moskau völlig schutzlos sei gegenüber der Pershing II und ein Schutz auch nicht denkbar sei. An dieser Stelle warf ich ein: Das war genau das, was wir bezweckt hatten, Ihr solltet euch genauso schutzlos fühlen, wie wir uns schon seit 1977 wegen eurer SS 20. Ja, sagte er, ich weiß. Ich bin dann mit Reagan zusammengetroffen und Shultz, ich, Gorbatschow, und habe das vorgeschlagen.“<sup>46</sup>

---

<sup>45</sup> Gespräch H.-J. Vogel-Honecker am 15. Mai 1987 in: Heinrich Potthoff: Die > Koalition der Vernunft<, ebenda, S. 535.

<sup>46</sup> Die Deutschlandpolitik und ihre Rahmenbedingungen in den siebziger Jahren, Anhörung von Helmut Schmidt, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“(12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages),hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band V/1, Baden-Baden 1995, S. 1026-1027.

Im Sommer 1987 traten die INF-Verhandlungen in Genf in ihre entscheidende Phase. „Die Bundesrepublik musste alles tun, was zu einem Durchbruch in den Verhandlungen beigetragen konnte.“ Die Bundesregierung war bereit, wenn der Vertrag ratifiziert wurde, der Zeitpunkt für den Abzug der sowjetischen Systeme, die in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR stationiert waren und die Bundesrepublik unmittelbar bedrohten, ebenso feststand wie der Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen aus der Bundesrepublik, auf die Modernisierung ihrer eigenen Raketen „mit einer Reichweite unterhalb von 500 km zu verzichten.“ Dieser Schritt hatte eine positive Wirkung, „die sich nicht vorhersehen ließ, und die betraf das Verhältnis zu Michail Gorbatschow.“<sup>47</sup> Nach der Wahrnehmung von Kohl hat der Verzicht auf eine Modernisierung der Raketen der Bundeswehr Gorbatschows Einschätzung des Bundeskanzlers positiv verändert. Die beiden Weltmächte einigten sich auf den Abbau ihrer Mittelstreckenraketen in Europa und damit näherte sich der Ost-West-Konflikt seinem Ende. Mit dem Abzug der amerikanischen Pershing aus der Bundesrepublik veränderte sich die Sicherheitslage Moskaus und der Sowjetunion. Von der Bundesrepublik ging nun auch keine mittelbare Bedrohung mehr aus.

---

<sup>47</sup> Helmut Kohl: Erinnerungen, ebenda, S. 551.

Während der INF-Verhandlungen besuchte Reagan Berlin und forderte vor der Mauer am Brandenburger Tor Gorbatschow auf, „wenn Sie nach Frieden streben, (...)öffnen Sie dieses Tor! Herr Gorbatschow, reißen Sie die Mauer nieder!“<sup>48</sup> Mit dieser Rede erinnerte der amerikanische Präsident an ein noch offenes Problem des europäischen Friedens – jenseits der Raketen.

#### **4.Honeckers Triumph**

Der Arbeitsbesuch in Bonn war, „sicherlich der Höhepunkt seines politischen Lebens,“<sup>49</sup> urteilt Peter Jochen Winters, der langjährige Korrespondent der FAZ in der DDR. Der Jenaer Professor Jürgen Nitz sieht es ebenso. „Die schwarz-rot-goldene Flagge, mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz am Mast, der rote Teppich, die Ehrenkompanie, die Ehreneskorte, das Defilee der Bonner Prominenz waren gerade für ihn weit, weit mehr als nur Protokoll und Statussymbole.“<sup>50</sup> Das Ziel die Akzeptanz der DDR als zweiter deutscher Staat in der Bundesrepublik durchzusetzen, das Häber 1984 Honecker aufschrieb, schien nun zum Greifen nahe.

---

<sup>48</sup> Zitiert nach, Helmut Kohl: Erinnerungen, ebenda, S. 521

<sup>49</sup> Andreas Malycha/Peter Jochen Winters: Die SED, ebenda, S. 277.

<sup>50</sup> Jürgen Nitz, ebenda, S. 119.

Bei den Verhandlungen in Bonn ging es Kohl um das damals „Machbare“, wie den Ausbau des Reiseverkehrs, um Projekte, die im Bereich von Wissenschaft und Kultur zu deutsch-deutscher Zusammenarbeit führten, um die Wirtschaftsbeziehungen und seitens der DDR vor allem um die gemeinsame Verantwortung für den Frieden. In seinen Memoiren schildert Kohl, dass er sich schwergetan hatte, Honecker mit allen protokollarischen Ehren eines Staatsoberhauptes zu empfangen. Er fühlte sich als „Gefangener des Protokolls.“<sup>51</sup> Um der zu erwartenden Anerkennungspropaganda der SED entgegenzuwirken, bestand er darauf, dass in beiden deutschen Fernsehsystemen die Tischreden des Bundeskanzlers und seines Gastes live übertragen werden. „Wenn wir diese Zusage nicht bekamen, hätte das den Verzicht auf den Honecker-Besuch zur Konsequenz.“<sup>52</sup> Politisch wollte er aber den Besuch, um für die Bevölkerung in der DDR Reiseerleichterungen durchzusetzen, was auch gelang.

Die Tischreden waren die Stunde der grundsätzlichen Gegensätze in der Deutschlandpolitik zwischen dem Bundeskanzler und dem SED Generalsekretär. Der Bundeskanzler hob das „Bewusstsein für die Einheit der Nation“ hervor, „ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren. Diese Einheit findet Ausdruck in gemeinsamer Sprache, im gemeinsamen kulturellen Erbe, in

---

<sup>51</sup> Helmut Kohl: Erinnerung 1982-1990, München 2005, S. 548.

<sup>52</sup> ebenda, S. 548.

einer langen, fortdauernden gemeinsamen Geschichte.“ Der Besuch diene dem „ Bemühen um ein geregeltes Miteinander“ der beiden Staaten. „An den unterschiedlichen Auffassungen der beiden Staaten zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, kann und wird dieser Besuch nichts ändern. Für die Bundesregierung wiederhole ich: „Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das ist unser Ziel.“<sup>53</sup>

Der Generalsekretär ging nicht direkt darauf ein,<sup>54</sup> er sprach von der Verantwortung beider Staaten für den Frieden und davon, dass im Zeitalter der nuklearen Massenvernichtungswaffen niemand „mit dem Gedanken spielen“ darf, „die Weltprobleme, auch die der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, mit militärischen Mitteln lösen zu wollen.“<sup>55</sup> Für ihn war

---

<sup>53</sup> Ansprachen von Bundeskanzler Helmut Kohl am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg, zitiert nach: Der Staatsbesuch, ebenda, S. CXV.

<sup>54</sup> Oskar Lafontaine lobte Honecker für diese Reaktion, vergl. Ferner über das Gespräch des SED-Generalsekretärs mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, Oskar Lafontaine an 10.9.1987, Potthoff (Anm. 31), S. 654

<sup>55</sup> Ansprachen von Generalsekretär Erich Honecker am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg, zitiert nach: Der Staatsbesuch, ebenda, S. CXVI Das Bulletin der Bundesregierung druckte eine schriftliche Vorlage, die Honecker spontan änderte: „ daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebenso wenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser.“

die friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten das Gebot der Stunde. Das SED-Zentralorgan wiederholte nachlesbar seine Absage an die nationale Einheit. „Die klaren Worte Erich Honeckers über solche Träumereien, für die es keinerlei reale Grundlage gibt und über die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Kapitalismus wie von Feuer und Wasser sind daher in der Welt mit Zustimmung zur Kenntnis genommen worden.“<sup>56</sup>

Erst im Saarland als er seinen Geburtsort besuchte, sprach er über die Teilung und der daraus entstandenen Grenzen durch Deutschland. Beide Staaten gehörten unterschiedlichen Militärbündnis in allen und dass „unter diesen Bedingungen die Grenzen nicht so sehen, wie sie sein sollten, ist nur allzu verständlich.“ Er war aber zuversichtlich, dass durch die Zusammenarbeit beider deutscher Staaten der Tag kommen wird, „an den Grenzen uns nicht länger trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.“<sup>57</sup>

Mit dem Vergleich der Grenze zu Polen nahm Honecker eine politische Standortbestimmung im sozialistischen Lager vor. Für die Bevölkerung der DDR war die polnische Grenze damals ebenso

---

<sup>56</sup> Ein Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus, Neues Deutschland, 16.9.1987, zitiert nach: Der Staatsbesuch, ebenda, S. CXXVI.

<sup>57</sup> zitiert nach Malycha/Winters, (Anm. 27), S. 278

geschlossen, wie die zur Bundesrepublik. In einem Punkt traf seine Prognose zu, im Fall der Mauer und der innerdeutschen Grenze vereinte die deutschen tatsächlich wieder, nur ging die DDR dabei als Staat unter.

## **5. Die Symbolik der Anerkennung deutscher Zweistaatlichkeit**

Die Symbolik der Anerkennung deutscher Zweistaatlichkeit beherrschte die mediale Berichterstattung. Nach dem weltpolitischen Wendepunkt des Ost-West-Konfliktes zelebrierten beide deutsche Staaten die Normalität der Teilung. Der Dissens zwischen dem SED-Generalsekretär und dem Bundeskanzler hinsichtlich der nationalen Einheit und der politischen Ordnung in Deutschland während des Besuchs galt als innenpolitische Rhetorik und über die Bedeutung von Honeckers Äußerungen zur Grenze wurde spekuliert.

Nicht nur Honecker interpretierte seinen Staatsbesuch in der Bundesrepublik als den Höhepunkt der internationalen Anerkennung der DDR. Typisch für die Atmosphäre des Besuchs war der Satz

des SPD-Vorsitzenden Hans-Joachim Vogel in seinem Gespräch mit Honecker, „mit dem gestrigen Tag [werde] der Grundlagenvertrag mit all seinen Elementen Wirklichkeit.“<sup>58</sup>

Im Selbstverständnis von Honecker bestätigte ihm der SPD-Vorsitzende damit seine Interpretation des Grundlagenvertrages als Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik. Für ihn war die deutsche Zweistaatlichkeit ein irreversibler Pfeiler der europäischen Nachkriegsordnung, dem Bundeskanzler sagte er:

„ Das Deutsche Reich sei im Feuer des zweiten Weltkrieges untergegangen. Auf seinen Trümmern seien zwei voneinander unabhängige souveräne Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Bündniszugehörigkeit entstanden. Das seien die politischen und auch die völkerrechtlichen Realitäten. [...] Es verstehe sich also von selbst, daß die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nur so gestaltet werden könnten, wie zwischen souveränen Staaten. Das liege im Interesse des Friedens, der Menschen in beiden Staaten und der Entwicklung unserer Nachbarschaft. Die Existenz der beiden Staaten sei ein grundlegendes

---

<sup>58</sup> Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker mit dem Vorsitzenden der SPD Hans-Jochen Vogel am 8. September 1987 auf Schloss Gymnich, in: Heinrich Potthoff: Die > Koalition der Vernunft<, ebenda, S. 615 In der von Potthoff ebenfalls dokumentierten und der SED-Niederschrift vorangestellten Bandabschrift des Diktats von Vogel vom Tag des Gesprächs fehlt diese Bemerkung. Vogels Diktat hat den Charakter eines Ergebnisprotokolls.

Element der europäischen Nachkriegsordnung. Daran rütteln, heißt Frieden und Stabilität gefährden. Wir meinen, und hierin stimmen wir mit der vorherrschenden Auffassung in Ost und West überein, dass Europa und die Welt gut damit leben können.“<sup>59</sup>

Sein Politbüro informierte er in diesem Sinne über die große „historische Bedeutung“ des ersten offiziellen Besuchs des SED-Generalsekretärs in der Bundesrepublik: „Das Stattfinden des Besuches und die durchgesetzte politische und protokollarische Behandlung des Genossen Erich Honecker als Staatsoberhaupt eines anderen souveränen Staates dokumentierten vor aller Welt Unabhängigkeit und Gleichberechtigung beider deutscher Staaten, unterstrichen ihre Souveränität und den völkerrechtlichen Charakter ihrer Beziehungen.“ Dieser Glanz des Erfolgs schien den Schatten der offenen nationalen Frage zu überstrahlen. Der Bericht fährt fort:

„Damit wurde revanchistischen und ‚innerdeutschen‘ Bestrebungen ein schwerer Schlag versetzt. Das konnten auch Äußerungen von Kohl unter anderem über ‚Rechtspositionen‘ und zur ‚Einheit der Nation‘ nicht ändern. Es ist bedeutungsvoll, daß eine CDU/CSU-Regierung gezwungen war, den Besuch und seinem Ablauf in dieser Form zuzustimmen. Sie konnten nicht umhin, den

---

<sup>59</sup> Gespräch zwischen Bundeskanzler und Generalsekretär im erweiterten Kreis am 8. September 1987, in: Erich Honecker: Moabiter Notizen, Gesprächs Protokolle vom BRD-Besuch 1987, Berlin 1994, S. 145-146, Koalition der Vernunft, ebenda, S. 604-605.

Nachkriegsgegebenheiten in Europa und dem Willen der Mehrheit der BRD-Bevölkerung für Frieden, Entspannung und normale Beziehungen zur DDR Rechnung zu tragen.“<sup>60</sup>

1981 forderte Honecker vergeblich die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik; auch 1987 hielt Bonn unbeirrt an der einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft fest. Über diesen strategischen Misserfolg seiner Anerkennungspolitik verlor dieser Bericht kein Wort.

Der SPD- Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Schmude, damals Präses der Synode der evangelischen Kirche in Deutschland, konzentrierte sich in der Debatte um den Besuch im Bundestag ebenfalls auf seine Symbolik. Der Besuch selbst hätte zwar keine besonderen Ergebnisse gebracht, aber das wäre auch nicht notwendig gewesen. „Wichtig war vor allem der symbolische Gehalt der Begegnung, die in den Spielen der Hymnen und in der Präsentation der Flaggen beider deutscher Staaten besonders augenfällig wurde. Diese Szenen werden im Gedächtnis aller Beteiligten haften bleiben. Wir Sozialdemokraten haben sie uns nicht gewünscht;

---

<sup>60</sup> Bericht über den offiziellen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis 11. September 1987, in: Hans-Hermann Hertle, Rainer Weinert, Manfred Wilke: Der Staatsbesuch Honeckers in Bonn Dokumente zur deutsch-deutschen Konstellation des Jahres 1987. Presse und Informationsamt der Freie Universität Berlin, Berlin Oktober 1991, S. XCIII-XCIV.

der Kampf der SPD gegen den außenpolitischen Kurs Konrad Adenauers in den fünfziger Jahren war ausdrücklich von dem Bestreben geleitet, eine verfestigte Teilung Deutschlands zu vermeiden. Das Bemühen ist gescheitert.“<sup>61</sup> Die tagespolitisch motivierte Geschichtsklitterung wäre nicht der Erwähnung wert, wenn sie nicht eine Wahrnehmung der Geschichte der deutschen Teilung enthielte, die sie aus ihrem internationalen Kontext löst und sie auf eine Sache des Streits zwischen Union und SPD bagatellisiert. Weder Adenauer noch Schumacher entschieden über die Entstehung der beiden deutschen Staaten, das taten die vier Siegermächte und diese hatten 1987 ihre Vorbehaltsrechte für Deutschland als Ganzes noch nicht aufgegeben. Die Symbolik des Treffens überhöhte der Redner noch, um die Fixierung der SPD auf die Beziehungen zur SED in der eigenen Deutschlandpolitik als einzig möglichen Weg zu rechtfertigen:

„Für alle, die diese Realität nicht wahrhaben wollen, die an ihnen vorbei politische Wege suchen, waren die protokollarischen Äußerlichkeiten der Begegnung notwendiges Erlebnis.“<sup>62</sup> In der DDR hatte die Suche nach politischen Wegen der Opposition jenseits der SED gerade begonnen.

## **VII. Einheit oder Koexistenz - die Perspektiven der Deutschlandpolitik**

---

<sup>61</sup> Deutsche Bundestag , Stenografischer Bericht 33. Sitzung, und, 16.10.1987, zitiert nach: Der Staatsbesuch, ebenda, S. CXLVII.

<sup>62</sup> Ebenda.

Die Debatte um die Symbolik des Besuchs war auch eine über die Perspektiven der Deutschlandpolitik von SPD und Bundesregierung. Die Schlüsselworte der Sozialdemokraten hießen „Koexistenz“ und „Kooperation“ beider Staaten. Programmatisch rückte die SPD 1986 in ihren Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm von der Forderung nach Wiedervereinigung der deutschen Nation ab. Im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm hieß es: „Die Frage der Nation, der sich auch die DDR nicht entziehen kann, hat sich durch die staatliche Teilung nicht erledigt...Es bleibt offen, ob und in welcher Form die Deutschen in beiden Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden.“<sup>63</sup> Seit 1982 erhielt die SPD Parteibeziehungen zur SED. Kurz vor dem Arbeitsbesuch Honeckers in Bonn veröffentlichten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED ihr gemeinsames Ideologiepapier. Die zentrale deutschlandpolitische Aussage des Papiers lautet: „Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen.“<sup>64</sup> Aus dieser Perspektive war die Schlüsselworte

---

<sup>63</sup> Programmentwurf der SPD 1986, zitiert nach: Jens Hacker: Deutsche Irrtümer, Berlin 1994, S. 202.

<sup>64</sup> Grundwertekommission der SPD und Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Politik Informationsdienst der SPD Nr.3 August 1987, S. 5.

Koexistenz und Kooperation zwischen beiden deutschen Staaten nur konsequent, und der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD hat sie im Bundestag in der Debatte um den Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland wiederholt. Dabei ging der Redner von einer stabilen DDR aus:

„Wir sollten das Maß an Eigenständigkeit, das die DDR im Rahmen ihres Bündnisses im Laufe der Zeit erlangt hat, keineswegs unterschätzen. Es ist jedenfalls größer, als das viele auch in der Bundesrepublik annehmen.“ Vogel räumte dann ein, „selbstverständlich aber wirken Entwicklung in der Sowjetunion auf die Entwicklung in den Staaten des Bündnisses drüben ein.“ Ahnungsvoll stellte er fest: „Hier ist mehr im Gang als nur eine gefälligere Darbietung des äußeren Erscheinungsbildes eines Gesellschaftssystems, das seine Akzeptanz bei der eigenen Bevölkerung erhöhen will.“<sup>65</sup> Als Beweis für seine These verwies er auf das SED-SPD-Ideologiepapier, aber das war eine Hoffnung, die sich nicht erfüllen sollte. Perestroika in der DDR - genau das wollte die SED-Führung nicht!

---

<sup>65</sup> Deutsche Bundestag , Stenografischer Bericht 33. Sitzung, und, 16.10.1987, zitiert nach: Der Staatsbesuch, ebenda, S. CXXXVI.

Bundeskanzler Kohl wiederholte in seinem Bericht zur Lage der Nation, seine Regierung halte am Ziel der Einheit und der Freiheit der Deutschen und ihrer Selbstbestimmung fest. Er unterstrich nachdrücklich den Zusammenhang der Deutschlandpolitik mit der der Entwicklung des Ost-West-Konflikts. Den Arbeitsbesuch Honeckers setzte er in Beziehung zu dem Gipfeltreffen des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan mit Gorbatschow in Reykjavik im Oktober 1986. „Nicht zufällig treffen beide Ereignisse zeitlich zusammen: In ihnen kommt der gegenwärtige Stand der West-Ost-Beziehungen, die gerade für uns Deutsche so wichtig sind, ganz besonders deutlich zum Ausdruck.“<sup>66</sup> Da die deutsche Frage ein weltpolitisches Problem war, konnte sie nur gelöst werden, wenn es zu einer grundlegenden Wende in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion kam - noch immer galt der Satz: der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage liegt in Moskau.

---

<sup>66</sup> Bundeskanzler Kohl, Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, in: Der Staatsbesuch, ebenda, S. CXXIX.

Honeckers Feststellung über die Unmöglichkeit einer Vereinigung von Sozialismus und Kapitalismus griff der Bundeskanzler im Bundestag auf und stimmte ihm zu: „Freiheitliche Demokratie und kommunistische Diktatur sind in der Tat unvereinbar.“<sup>67</sup>

Die Frage der nationalen Einheit und der politischen Ordnung in Deutschland blieb nach diesem von vielen Zeitgenossen als Zäsur bewerteten Ereignis weiterhin offen. 1987 schien es, dass die SPD den richtigen Weg in der Deutschlandpolitik kannte. Durch friedliche Koexistenz zwischen beiden Staaten, durch Verhandlungen mit der SED die Lebensbedingungen der Menschen in der DDR verbessern. Der Bundeskanzler hielt am Ziel der staatlichen Einheit der Nation in Freiheit fest, ohne auf Verhandlungen zu verzichten. „Einheit und Freiheit Deutschlands“ implizierte das Ende der SED-Diktatur, er kannte nur (noch) nicht den Weg, wie dieses Ziel in Deutschland und weltpolitisch durchsetzbar war. Für beide grundsätzlichen Optionen der Bonner Deutschlandpolitik galt: Die Deutschen in der DDR hatten ihr Urteil über den SED-Staat noch nicht gesprochen.

---

<sup>67</sup> Bundeskanzler Kohl, Bericht zur Lage der Nation, in: Der Staatsbesuch, ebenda, S. CXXXI.